

Social MonTalk - Denkwerkstatt

4.3. Grundeinkommen

GENERATIONENPROJEKT

Sozialdemokratie als Grundlage der gemeinwohlorientierten Gesellschaft

Der Mensch als einziger und elementarer Träger der Gesellschaft steht in jeder freien, rechtsstaatlich organisierten Demokratie im Zentrum aller politischen Überlegungen, Strategien und Beschlussfassungen. Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen haben schon vor Beginn der ersten industriellen Revolution in langen und oft schrecklichen Auseinandersetzungen mit Adel, Grundherren, Kirchenfürsten und Industriemagnaten für ein freies Bürgertum, sozial gerechtere Löhne, menschliche Arbeitsbedingungen, menschenwürdiges Wohnen und für einen freien Bildungszugang für alle gekämpft. Die Arbeiterpartei hat es über viele Jahrzehnte hindurch geschafft, die heutige Gemeinwohl-Gesellschaft zu erdenken, zu erkämpfen und schlussendlich mit demokratischen Mitteln durchzusetzen.

Seit den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts haben entfesselte neoliberale Wirtschaftskonzepte – leider mit teilweiser Billigung unserer sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft – fast zum Untergang der sozialdemokratischen Bewegung und zur Gefährdung der sozialen Gemeinwohlfirtschaft geführt. Eine Privatisierungswelle nach der anderen hat zum Verkauf von Staatseigentum geführt und mehr oder weniger jede Einflussnahme und Gestaltungsmöglichkeit systemrelevanter Infrastruktur zugunsten der Allgemeinheit eingeschränkt – und nicht selten – unmöglich gemacht.

Hauptursache für die Gefährdung des Gemeinwesens in den letzten dreißig Jahren waren nicht die Globalisierung der Wirtschaft oder die Schaffung der Europäischen Union, sondern die fehlenden Lenkungsinstrumente zur finanziellen Sicherung des Sozialstaates und des Gemeinwohls der einzelnen Nationalstaaten. Offensichtlich hatte kein politischer Entscheidungsträger und keine Entscheidungsträgerin daran gedacht, dass zu versteuernde Gewinne und Arbeitsplätze global verschoben werden können. Durch das Fehlen nationaler Lenkungsmaßnahmen zur Sicherung des notwendigen Steueraufkommens konnten sich Konzerne und ganze Industrien der nationalstaatlichen Steuerpflicht entziehen und sich in die neoliberale Globalisierung verabschieden.

Neue und unkontrollierbare Finanzmärkte außerhalb der produzierenden Realwirtschaft generierten in den letzten drei Jahrzehnten globalisierte Finanzmarkt volumina in surrealen Höhen, welche einzelne Staatshaushalte heute um ein Vielfaches übersteigen. Wirtschaftswachstum und Gewinnmaximierung hatten im neoliberalen Umfeld freie Bahn. Aber trotz aller Bemühungen von Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen konnte die Entlohnung der Lohnarbeit – weder bei bestehenden, noch bei neu geschaffenen Arbeitsplätzen – im gleichen Ausmaß gesteigert werden. Globalisierte Konzerne hatten in einer globalisierten Welt die passenden Argumente, um Druck auf Politik und Sozialpartner auszuüben.

Wir Sozialdemokrat*innen haben uns traditionell auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und auf Wirtschaftswachstum konzentriert, aber dabei völlig übersehen, dass neoliberal entfesselte Kapital- und Finanzmärkte lediglich das kurzfristige Ziel der Gewinnmaximierung und Steuervermeidung verfolgen. Nachhaltigkeit für die Gesellschaft – weder in ökonomischer, noch in ökologischer Hinsicht – werden vom neoliberalen Wirtschaftskonzept nicht abgebildet. Die Wirtschaft wurde zum neoliberalen „Gottseibeius“, bei der man Leistungen bestellen und abrufen kann. Die Bürger*innen wurden im neuen Wirtschaftssystem zu Kunden des demokratischen Staates. Sehr viele von ihnen sehen sich nicht mehr als Teil der demokratischen Sozialgemeinschaft, weil sie staatsbürgerliche Rechte und Vorteile einfordern, aber staatsbürgerliche Grundpflichten entweder nicht kennen oder verweigern.

Nach den aufstrebenden und wirtschaftlich sehr erfolgreichen 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bildete sich in vielen europäischen Volkswirtschaften ein einkommensstarker, gesunder Mittelstand als sozialorientierte demokratische Gemeinwohlgemeinschaft aus, welcher jetzt wieder am Verschwinden ist und die rechtsstaatlichen Sozialdemokratien Europas in ihren Grundfesten erschüttert.

Das neoliberale Wirtschaftskonzept zerstört seit über drei Jahrzehnten die ökosoziale Marktwirtschaft sozialdemokratischer Prägung und entzieht dem Gemeinwohlstaat wichtige ökonomische und ökologische Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft. Das Auseinanderdriften von Arm und Reich durch Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, prekäre Selbstständige und grenzüberschreitende Schwarzarbeit haben in vielen Bereichen der Gesellschaft zu neuer Armut, Existenzängsten und Würdeverlust geführt und damit zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen.

Politikverdrossenheit, steigende Zahlen von Nichtwähler*innen, verbreitete Interessenlosigkeit an einer prosperierenden Gesellschaft, an Politik im Allgemeinen, an der Demokratie im Besonderen, sind das Ergebnis von Entmutigung, Verarmung, Existenzängsten, Verlust von Ansehen und Wertschätzung in breiten Gesellschaftsschichten. Als Auswirkungen dieser Politikverdrossenheit und anderer, nicht angeführter Umstände, sieht sich der demokratische Sozialstaat vermehrt mit dem Phänomen stark zunehmender Radikalisierung, links- und rechtsextremer Agitation, Gefolgschaftsverweigerung, Korruption und Rechtsbeugung und schlussendlich mit demokratiegefährdenden Aufstandsbewegungen konfrontiert.

Als Sozialdemokrat*innen haben wir Kraft unserer Geschichte und sozialdemokratischer Tradition die Pflicht, eine gerechte Sozialordnung auf Basis einer verfassten freien Demokratie in Österreich sicher zu stellen. Wirtschaftliche Irrwege und bereits eingetretene Schäden nach dem neoliberalen Wirtschaftschaos der letzten dreißig Jahre sind so schnell – und ebenso gesellschaftsverträglich wie möglich – zu korrigieren. Das ist eine Generationenaufgabe, der wir uns stellen müssen! Ob wir wollen oder nicht!

Damit wir die Bürger*innen für Staat, Gesellschaft und als Wähler*innen unserer Partei wiedergewinnen können, wird es erforderlich sein

- eine Bestandsaufnahme der politischen und staatlichen Verfassung vorzunehmen,
- Legislaturperioden überschreitendes Planen und Vorgehen zu ermöglichen,
- etwaige Fehlentwicklungen deutlich und ohne Scheuklappen zu benennen,
- traditionelle sozialdemokratische Denkmuster auf ihre Zukunftsfähigkeit zu überprüfen,
- sozialdemokratische Grundsätze zu überarbeiten und neu zu denken,
- visionäre Gedanken und Ideen zuzulassen und
- mutige, weitsichtige Pläne zu fassen und zu realisieren.

Einige der genannten Themen finden sich unterschwellig oder schon in Teilen in den Grundsatzprogrammen der SPÖ von 1978 bis heute wieder, konnten aber leider noch nicht umgesetzt werden. Die Umbrüche der letzten Jahrzehnte und die immer schwieriger zu erfassenden Zukunftsprobleme lassen keine Verzögerungen für die Umsetzung der sozialdemokratischen Grundpositionen mehr zu.

Primär ist es für uns Sozialdemokrat*innen existenziell wichtig, die Bürger*innen unserer Republik wieder in Richtung wirtschaftliche Prosperität, Gemeinwohl, Transparenz der Staatsverwaltung, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit und Sicherung des Friedens zu führen.

Von heute auf Morgen können wir die obigen Darlegungen nicht umsetzen. Daher haben wir die Vorschläge als Generationenmodell zusammengefasst und wollen dies auch so verstanden wissen.

Dem Parteivorstand empfehlen wir hierzu folgende Prioritäten im Generationenprojekt Sozialdemokratie ins Arbeitsprogramm der SPÖ Kärnten aufzunehmen:

1. Sicherstellung und langfristige Rückführung aller privatisierten gesellschafts- und systemrelevanter Dienste und Einrichtungen unter die Hoheitsverwaltung des Staates wie:

- a. Trinkwasser
- b. Strom und Energieversorgung
- c. Müll und Umwelt
- d. Öffentlicher Verkehr
- e. Medizinische Grundversorgung, Gesundheit und Pflege
- f. Bildung und Kultur
- g. Kommunikation

Systemrelevante Einrichtung und Dienstleistungen sollen langfristig aus der Privatisierung vom Staat zurückgekauft und nach privatwirtschaftlichen Erfolgskriterien ohne Absicht der Gewinn- und Vermögensmaximierung für die Öffentlichkeit transparent geführt werden. Wirtschaftliche Erträge und Gewinne sind für Forschung, Weiterbildung und Entwicklung als Gewinnkomponente ins Verdienen zu bringen und zweckgebunden zu verwenden.

2. Die Entwicklung und Einführung des solidarischen Grundeinkommens ohne Bedarfsprüfungszwang als Ergänzung und Sicherung des Sozialstaates nach den Grundzügen der Denkwerkstatt Grundeinkommen des Renner Instituts Kärnten aus den Jahren 2020 bis 2021.

Das solidarische Grundeinkommen soll in das Grundsatzprogramm der SPÖ aufgenommen werden. Eine knappe Zusammenfassung des Modellvorschlages der Denkwerkstatt Grundeinkommen ist diesem Antrag beigelegt (siehe Anhang).

Folgende Argumente sprechen für die Einführung des solidarischen Grundeinkommens:

- a. Das Grundeinkommen ist mit ca. 1/3 des Bruttoinlandsprodukts bei Aufrechterhaltung des Sozialstaates finanzierbar (siehe Modell Denkwerkstatt Grundeinkommen)!
- b. Das Grundeinkommen ist die Basis für eine sozial ausgewogene Umverteilung innerhalb einer gemeinwohlorientierten Demokratie.
- c. Das Grundeinkommen macht die schon längst überfällige Abkehr von der unsozialen Versteuerung der Lohnarbeit hin zur Versteuerung von Profiten, spekulativen Finanzmarktprodukten und außerbetrieblichem Vermögen möglich.
- d. Das Grundeinkommen gewährleistet die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und der staatlichen

Ordnung unter demokratischen und verfassten Regeln.

- e. Das Grundeinkommen ermöglicht freie und individuelle Bildungschancen für vielfältige Talente und sichert zukunftsorientierte Entwicklungspotentiale einer prosperierenden Gemeinwohlgesellschaft.

3. Die längst überfällige Verwaltungsmodernisierung und Gesetzesvereinfachung der Republik Österreich ist den aktuellen Bedürfnissen und digitalen Möglichkeiten entsprechend innerhalb der nächsten zwei Legislaturperioden umzusetzen und schnellstmöglich stufenweise und in digitaler Form zu realisieren.

Grundsätzlich muss die Verwaltungsmodernisierung und Gesetzesvereinfachung von Anfang an den Erfordernissen der öffentlichen Transparenz entsprechen und ohne Notwendigkeit spezieller Vorkenntnisse verständlich sein. Viele Grundlagen müssen dafür parlamentarisch ausgehandelt und gesetzlich neu beschlossen werden.

4. Zur Rückgewinnung der Menschen Österreichs für Politikinteresse, politischer Partizipationswilligkeit und Gemeinverantwortung ist die zukünftige Einbindung aller Bürger*innen in die demokratischen Prozesse unseres Staatsgebildes unbedingt notwendig.

Sie soll als Grundlage einer künftig besser funktionierenden, direkten Basisdemokratie den Boden an der Basis für politische Aufgeschlossenheit und politische Partizipation aufbereiten.

5. Bildung zur Wissensbeschaffung und die Ausbildung zur Lebensbefähigung – besonders für junge Menschen – verlangen neue Denkmodelle, Strategien und Wege abseits von veralteten Bildungswegen und Strukturen zur Ausschöpfung der vielschichtig vorhandenen Potenziale aller Menschen.

Folgende Anforderungen gilt es zu berücksichtigen:

- a. Die Neustrukturierung und der notwendige Umbau des Bildungssystems nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen aus der Vergangenheit zur Förderung und Entwicklung von Neigungen, Talenten, Bedürfnissen und Exzellenzpotentialen der Auszubildenden von der Krabbelstube bis zur Universität und darüber hinaus, ist dringend notwendig.
- b. Die Erklärung, Begründung und Vermittlung von praktischen Lebensgrundlagen, Freiheiten, Normen, Regeln und Pflichten, also die Vermittlung und Verinnerlichung von Werten, sollen künftig die Grundfesten einer friedlichen, angstfreien und prosperierenden Gesellschaft sicherstellen und Bestandteil jedes Bildungsauftrages sein.
- c. Sinnstiftende oder körperlich ertüchtigende Freizeitgestaltung muss künftig Bestandteil jeder Bildungs- und Ausbildungsrichtlinie werden. Sie macht – je nach Bedürfnissen und Neigungen der Auszubildenden – in schulischen, außerschulischen sowie in praktischen Lebensbereichen Menschen glücklicher und leistungsfähiger.
- d. Bildung und Ausbildung sollen zukünftig für alle Menschen ein Leben lang Bestandteil des Lebensweges werden und die individuelle Teilhabe an einem glücklichen, sinnstiftenden und erfüllenden Leben innerhalb einer freien und wohlstandsorientierten Demokratie sicherstellen.

Antrag im Rahmen des 36. Ordentlichen Landesparteitages der SPÖ Kärnten:

Das Generationenprojekt Sozialdemokratie als Grundlage der gemeinwohlorientierten Gesellschaft in den Punkten

- 1. Infrastrukturpaket zur Sicherstellung, langfristigen Rückführung und Modernisierung/Digitalisierung staatlicher, systemrelevanter Infrastruktur in staatliche Hoheitsverwaltung**
 - 2. Entwicklung eines solidarischen Grundeinkommens für alle Bürger*innen ohne Bedarfsprüfung zur Aufrechterhaltung einer sicheren und freien Gesellschaftsordnung nach dem Modellvorschlag der Denkwerkstatt Grundeinkommen des Karl Renner Instituts Kärnten (siehe Anhang)**
 - 3. Verwaltungsmodernisierung auf digitaler Basis und öffentlicher Transparenz**
 - 4. Einführung direkter Bürger*innenbeteiligung zur Einbindung der Menschen in den Demokratieprozess**
 - 5. Umfassende Bildungs- und Ausbildungsinitiative**
- in das Arbeitsprogramm der Kärntner SPÖ aufzunehmen und die aufgelisteten Schwerpunkte anlässlich des nächsten Bundesparteitags der SPÖ mittels Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen.**

ANHANG

Vorschlag der Denkwerkstatt Grundeinkommen: Das ökosolidarische BGE-Modell

Das ökosolidarische BGE-Modell gibt einen Rahmen vor, in dem die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ausgestaltet werden kann. Die ökologische Nachhaltigkeit der Finanzierung wird dabei durch eine ressourcen-, CO₂- und gemeinwohlbasierte Konsumsteuer realisiert. Für die soziale Ausgewogenheit wird eine einheitliche, progressive Besteuerung aller Einkommensarten vorgeschlagen. Als Ausgangs- und Bezugspunkt dient das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

BGE und BIP

2019 betrug das BIP in Österreich 397,6 Mrd. Euro, das entspricht einem Wert von 3.731,67 Euro pro Einwohner*in und Monat. 37,317 Euro monatliches BGE entsprechen somit 1% des BIP. Möchte man also ein BGE von 1.000 Euro monatlich an jede*n Österreicher*in auszahlen, würden dafür 26,8% des BIP aufgewendet werden. Orientiert man sich am Referenzbudget und nimmt 1.400 Euro BGE für Erwachsene und 700 Euro BGE für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren an, dann ergibt das im Durchschnitt 1.292,27 Euro und somit 34,6% des BIP. Letztere Beträge entsprechen auch jenen, die bei Umfragen für eine ausreichende Existenz- und Teilhabesicherung genannt und z.B. von der internationalen Bewegung Attac gefordert werden. Im vorliegenden Modell wird das, analog zur

Staatsquote, als BGE-Quote bezeichnet. Von der derzeitigen Staatsquote von 42% sind zwei Drittel, also 28% Transferleistungen. Es wird davon ausgegangen, dass durch ein BGE die Hälfte davon, also 14%, entfallen. Es ergibt sich somit ein restlicher Finanzierungsbedarf von 21% (des BIP). Dieser wird im Modell durch Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer, vergesellschaftete Erträge z.B. aus Glücksspiel und hauptsächlich durch eine Ökologisierung des Konsumsteuersystems aufgebracht.

Einkommens-, Vermögens- und Konsumsteuern

Die Abgaben auf Einkommen (Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge) sollen in der Summe gleich groß wie derzeit sein, aber durch einheitliche, progressive Abgabensätze von Abgaben auf Arbeit zu Abgaben auf Kapitaleinkommen verschoben werden. Für die Vermögenssteuer wird eine Höhe von 4% des BIP (16 Mrd. Euro) angestrebt. Dies orientiert sich an den obersten Sätzen in den OECD-Staaten Großbritannien und Frankreich. Finanztransaktionssteuer und/oder vergesellschaftete Erträge können und sollen zusätzlich zur Finanzierung des BGE beitragen. Die Konsumsteuern (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Alkoholsteuer, Tabaksteuer) liegen gegenwärtig bei einem durchschnittlichen Steuersatz von 20%. Es wird vorgeschlagen, diese durch ein ressourcen-, CO₂- und gemeinwohlbasiertes Steuersystem mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 40% zu ersetzen. Damit erhöhen sich die Erlöse von derzeit 54 Mrd. Euro auf 108 Mrd. Euro und schließen somit die Lücke der zu finanzierenden BGE-Quote.

Inflation, Exporte, Importe und Ungewisses

Durch den Wegfall der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung werden Preiserhöhungen durch die höhere Konsumsteuer ausgeglichen, als Nebeneffekt werden Exporte verbilligt. Diese höhere Konsumsteuer verteuert jedoch Importe und trägt somit auch zur Stärkung regionaler Produktion und regionaler Wirtschaftskreisläufe bei. Weitere Effekte, wie erhöhte Einnahmen durch mehr Konsum oder Einsparungen in der Sozialverwaltung wurden bewusst nicht in die Berechnung einbezogen, da diese einerseits eher spekulativ wären und andererseits auch gegenteilige Auswirkungen einer BGE-Einführung unberücksichtigt blieben.

Anpassungsmöglichkeiten

Für die Festlegung der Höhe des BGE gibt es verschiedene Ansätze, wie das Existenzminimum, die Armutgefährdungsschwelle, Umfrageergebnisse oder eben das Referenzbudget. Egal worauf man sich schlussendlich einigt, auf Basis 2019 berechnet entsprechen jeweils 37,317 Euro monatliches BGE 1% des BIP, das entweder durch Umschichtung von Transferleistungen oder höhere Steuern finanziert werden muss. Die Progression der Einkommenssteuer kann nach Bedarf angepasst werden, wobei die durchschnittliche Abgabenlast bei 30% läge. Je stärker die Progression, umso höher der soziale Umverteilungseffekt, wobei jedoch sehr hohe Progressionsstufen (z.B. +75% ab 1 Mio. Euro Einkommen) keinen Effekt mehr haben, da die Anzahl der betroffenen Personen verschwindend gering ist. Auch die Ausgestaltung der Konsumsteuer und deren Steuersätze sind erst zu entwickeln. Derzeit betragen sie zwischen 10% (ermäßigter Umsatzsteuersatz) und 300% (Tabaksteuer).

Bei der Entwicklung des Modells stand immer das Ziel eines emanzipatorischen, existenz- und teilhabesichernden BGE unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzen unseres Planeten im Vordergrund und nicht eine genaue Berechnung und Festlegung auf einzelne Details.

ANTRAG:

angenommen (unverändert/verändert)

abgelehnt

Zuweisung an den Landespartei Vorstand

Weiterleitung an den Bundesparteitag